

Klarheit schaffen statt Wegducken: Ministerpräsident Rüttgers muss zu geplanten Steuersenkungen Stellung nehmen! (Plenarsitzung vom 04.11.2009)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst zur aktuellen Opelkrise: Vonseiten der Linken kann ich Ihnen nur sagen, dass das Desaster bei Opel absehbar war und nicht wirklich überraschend kommt. Die Bundesregierung ist blind in die Opel-GM-Falle gelaufen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Man kann keine Politik gegen den Verwaltungsrat und die Opeleigner machen. Frau Kollegin, das können Sie heute zum Beispiel auch im „Handelsblatt“ lesen. Dort steht es ganz klipp und klar und sehr deutlich. Politischer Druck alleine ist hilflos, wenn er vor letzten Konsequenzen zurückschreckt, die da heißen: Vergesellschaftung mit einem Beteiligungsmodell und nicht Hinterherwerfen von Subventionen ohne Sicherung der Arbeitsverhältnisse und Beteiligung der bei Opel Arbeitenden.

(Christian Lindner [FDP]: GM ist doch längst ein Staatsunternehmen!)

Ich komme zur aktuellen finanzpolitischen Debatte. Die neue CDU/CSU-FDP-Bundesregierung vergrößert die soziale Benachteiligung noch weiter und betreibt eine brutale Schuldenpolitik, die sich auch massiv gegen NRW und seine Kommunen wendet. Normalverdienende, Geringverdienende, Rentnerinnen und Rentner sowie Beziehende von Sozialleistungen werden diese Politik zu bezahlen haben.

Vorsicht Schwarz-Gelb, so warnt zum Beispiel der „Spiegel“. Weiterwursteln im Merkel-Land. Merkel und Westerwelle treiben die Schulden in die Höhe und erwägen dabei sogar Trickereien. Neue Schattenhaushalte – das hatten sie in Berlin vor, was aber verhindert worden ist. Neuer Steuerstreit zwischen CDU und FDP. CDU-Länder wie Thüringen und Hamburg befürchten massive Steuerausfälle. Selbst Eurofinanzchefminister Juncker warnt und sieht Eurostabilitätspakt gefährdet.

Das ist die reale Situation, vor der wir stehen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung praktiziert damit dasselbe, was Sie in NRW praktizieren: eine neue, dramatisch steigende Rekordverschuldung mit Milliarden Tilgungssummen, was jedes Jahr im Haushalt stehen wird.

Was ich gerade von Herrn Finanzminister Linssen gehört habe, ist alles andere als beruhigend. Wenn er sagt, es werde keine Nettoneuverschuldungserhöhung geben, dann frage ich: Erwägen Sie auch hier einen Schattenhaushalt? Wie stellen Sie sich das konkret vor? Oder wollen Sie das Ganze auf den Tag nach der Landtagswahl verschieben? Das wird sehr interessant. Ich bin sehr gespannt. Vielleicht setzen Sie aber auch Ihre Politik „Privat vor Staat“ fort und wollen noch irgendetwas verkaufen. Keine Ahnung. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Vorschläge. Das wird sehr interessant werden.

Das Bundesfinanzministerium rechnet in seiner Vorlage für die Beratung für 2009 mit Steuereinnahmen von rund 523 Milliarden €. Dies wären rund 4 Milliarden € weniger als noch im Mai vorausgesagt.

Selbst der BDI kritisiert die Schuldenpolitik und fordert die neue Bundesregierung zu einem Kurswechsel in der Finanzpolitik auf. Sehr interessant ist, dass selbst die Erzkonservativen in die Richtung gehen. Der Arbeitgeberverband warnt vor den Folgen immer höherer Schulden.

Auch wir in NRW werden diese Politik hart zu spüren bekommen. Statt eine Millionärsteuer, eine Börsenumsatzsteuer, eine Vermögensteuer oder höhere Spitzensteuersätze einzuführen, sollen Vermögende sogar noch profitieren. Das ist die reale Situation.

Es wird für die Kommunen in NRW dramatische Zustände geben, und im Jahr 2010 soll es zu einer Rekordneuverschuldung kommen. Auch das ist die Konsequenz der Politik, die Sie in Berlin und in Nordrhein-Westfalen betreiben. Sie werden – formal machen Sie das jetzt schon – die Haushalte der Kommunen in eine absolute Schieflage bringen. Es wird gerade in NRW zu weiteren massiven sozialen Verwerfungen kommen.

Der Koalitionsvertrag setzt die Umverteilung von unten nach oben fort; denn vor allem Besserverdienende erhalten Steuergeschenke und werden entlastet. Die Städte und Gemeinden in NRW werden bei den sozialen und kulturellen Leistungen kürzen müssen.

(Zuruf von der FDP: Wandlitz!)

Die Arbeitgeber dagegen werden bei der Gesundheitsreform aus der Verantwortung entlassen. Das ist eine eiskalte und zynische Politik von CDU und FDP, die momentan noch verschleiert wird und erst nach der Landtagswahl in NRW am 9. Mai 2010 voll zum Tragen kommt.

Hier werden jetzt schon ein Wahlbetrug und die Wählertäuschung systematisch vorbereitet. Das ist die Politik, die Sie hier machen: Sie wollen alles auf den Tag nach der Landtagswahl in Nordrhein-

Westfalen verschieben.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Ich komme zum Ende: – Sie folgen damit weiterhin dem neoliberalen Glaubenssatz, dass Steuerentlastungen zu mehr Wachstum, mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätzen führen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie machen eine Steuersenkungspolitik auf Pump. Das geht gegen die Geringverdienenden und die Armen in diesem Land.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die SPD-Fraktion erhält noch einmal Frau Kollegin Altenkamp das Wort.